

NOMOSANWALT

Doering-Striening [Hrsg.]

Opferrechte

Handbuch des Anwalts
für Opferrechte



Nomos



Deutscher Anwaltverein
Arbeitsgemeinschaft
Sozialrecht

NOMOSANWALT

Dr. Gudrun Doering-Striening [Hrsg.]

Rechtsanwältin,

Fachanwältin für Sozialrecht und Familienrecht

Opferrechte

Handbuch für den Opferanwalt

Oliver Allesch, Rechtsanwalt, Essen | **Claudia Böwering-Möllenkamp**, Fachärztin für Psychiatrie, Psychotherapie, Sozialmedizin, Düsseldorf | **Claudia Burgsmüller**, Rechtsanwältin, Wiesbaden | **Prof. Dr. Harry Dettenborn**, Fachpsychologe der Rechtspsychologie, Berlin | **Dr. Gudrun Doering-Striening**, Rechtsanwältin, Essen | **Sandra Lavinia Ebert**, Rechtsanwältin, Reutlingen | **Juliane Hilbricht**, Rechtsanwältin, Solingen | **Imke Schwerdtfeger**, Rechtsanwältin, Essen | **Michaela Spandau**, Rechtsanwältin, Stuttgart



Nomos



Deutscher Anwaltverein
Arbeitsgemeinschaft
Sozialrecht

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-7077-2

1. Auflage 2013

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Die Fokussierung auf die strafrechtlichen Folgen eines traumatischen Geschehens greift in der Rechtsberatung zu kurz. Sie ignoriert die komplexen sozialen und psychischen Folgen, die ausgelöst werden können, wenn Menschen zu Opfern von Straftaten werden. Das Strafverfahren bleibt im Leben eines Opfers zumeist eine singuläre Erfahrung, die Folgenbeseitigung dauert nicht selten jahre- oder sogar lebenslang. Folgenbeseitigung findet oft auf der Ebene des Sozialrechts statt. Es verwundert daher nicht, dass die Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht im Deutschen Anwaltverein e.V. sich des Problems angenommen und ihm mit diesem Buch Rechnung getragen hat. Es ist aus den Vorträgen zum Ersten Opferrechtstag des Deutschen Anwaltverein e.V. hervorgegangen.

Es stellt Opferrechte und -pflichten über Rechtsgebets- und Fachgrenzen hinweg dar. Es will Anstoß geben, weitere Schnittstellen zu entdecken und zum Schutz der Opfer einzusetzen. Denn: Je länger wir uns im Rahmen dieses Buches mit den Folgen des Opferwerdens beschäftigen haben, desto mehr Schnittstellen zu anderen Rechtsgebieten wurden offenbar. „Man sieht nur, was man kennt“, das war auch für die Herausgeberin nach 25 Jahren Opferanwaltstätigkeit im Straf-, Sozial- und Familienrecht eine erstaunliche Erfahrung. Das folgende Schaubild verdeutlicht die Schnittstellen:



Vorwort

Die Folgenbeseitigung nach Straftaten ist eine komplexe, rechtsgebiets- und fachübergreifende Aufgabe. Sie erfordert die „Lotsen“-tätigkeit von darauf spezialisierten Opferanwälten, besser: Anwälten und Anwältinnen für Opferrechte. Deren Aufgabe ist es – sinngemäß nach Jan Philipp Reemtsma –,¹ dafür zu sorgen, dass die nach dem akuten traumatisierenden Ereignis gemachten Erfahrungen dessen Effekte nicht verstärken. Das Trauma muss in der Biografie singular bleiben und darf möglichst nicht als Teil einer Sequenz erlebt werden, die das künftige Leben bestimmt.

Dieses Opferrechtbuch versteht sich als erstes „Kursbuch“ und möchte den Anstoß zur Diskussion und Entwicklung eines eigenständigen, an dieser Aufgabe orientierten Rechtsgebietes geben. Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, den Beiträgen des Ersten Opferrechtetages ihre z.T. persönliche, z.T. berufsspezifische Sicht zu lassen. Das wird voraussichtlich zu Reibung und Kontroversen in der Diskussion führen; denn wer seine Tätigkeit als Strafverteidiger oder Anwalt für Opferrechte nicht nur als Job begreift, muss Standpunkte zu dem beziehen, was er tut und wen er vertritt. Täter und Opfer stehen aber nicht auf dem gleichen Standpunkt. Die sich daraus ergebenden Konflikte sind denkwortwendig und unvermeidbar und wir müssen sie mithilfe und im Zusammenwirken aller Professionen, die in diesem Buch zu Worte kommen, austragen und aushalten.

Dr. Gudrun Doering-Striening
Essen, im November 2012

1 Reemtsma, Das Recht des Opfers auf die Bestrafung des Täters – als Problem; Kongress "Trauma und Kreative Lösungen", 5.–7.3.1998, Köln

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Autorenverzeichnis	9
§ 1 Verletztenrechte und Nebenklage	21
<i>Burgsmüller</i>	
§ 2 Das Adhäsionsverfahren und „Blitzlichter“ aus dem Schmerzensgeldrecht	66
<i>Spandau/Doering-Striening</i>	
§ 3 Opferentschädigung	106
<i>Doering-Striening</i>	
§ 4 Die Begutachtung psychischer Störungen nach Gewalterfahrungen und „Traumatisierungen“	187
<i>Böwering-Möllenkamp</i>	
§ 5 Die Glaubhaftigkeitsbegutachtung im Verfahren – Möglichkeiten und Grenzen	213
<i>Dettenborn</i>	
§ 6 Kinderschutz/Opferhilfen im Anwaltsmandat – Familiengericht und Jugendhilfe –	235
<i>Schwerdtfeger/Doering-Striening</i>	
§ 7 Familienrechtlicher Gewaltschutz	276
<i>Hilbricht</i>	
§ 8 Trennung und Scheidung nach häuslicher Gewalt – Fragen aus dem SGB II	293
<i>Allesch</i>	
§ 9 Das Opfer in den Medien	315
<i>Ebert</i>	
Stichwortverzeichnis	327

Autorenverzeichnis

Rechtsanwalt *Oliver Allesch*, Fachanwalt für Familienrecht, Essen

Claudia Böwering-Möllenkamp, Fachärztin für Psychiatrie, Psychotherapie, Sozialmedizin, Düsseldorf

Rechtsanwältin *Claudia Burgsmüller*, Wiesbaden

Prof. Dr. Harry Dettenborn, Fachpsychologe der Rechtspsychologie, Klinischer Psychologe, Geschäftsführer Institut Gericht & Familie, Berlin

Rechtsanwältin *Dr. Gudrun Doering-Striening*, Fachanwältin für Sozialrecht und Familienrecht, Essen

Rechtsanwältin *Sandra Lavinia Ebert*, Reutlingen

Rechtsanwältin *Juliane Hilbricht*, Fachanwältin für Familienrecht und Sozialrecht, Solingen

Rechtsanwältin *Imke Schwerdtfeger*, Fachanwältin für Familienrecht, Mediatorin (BAFM), Essen

Rechtsanwältin *Michaela Spandau*, Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Autorenverzeichnis	9
§ 1 Verletztenrechte und Nebenklage	21
I. Rechtspolitische Entwicklung	22
II. Opfer als Rechtssubjekte im Strafprozess	25
1. Theoretische Aspekte zur Rolle von Opfern im Strafprozess	25
2. Konzept einer professionellen Nebenklagevertretung	27
III. Anwaltliche Beratung zu Strafanzeigen nach körperlichen oder sexuellen Gewalterfahrungen	28
1. Zugang zur anwaltlichen Beratung	28
2. Beweissicherung	29
3. Anzeigemotivation	29
4. Planung der Erstvernehmung	29
IV. Das Recht auf Akteneinsicht für nebenklageberechtigte Verletzte	32
V. Rechte auf Anwesenheit des Nebenklägers, insbesondere in der Hauptverhandlung	33
VI. Anwaltliche Beratung über Glaubhaftigkeitsbegutachtungen	35
1. Notwendigkeit einer Begutachtung	35
2. Mitwirkung bei der Auswahl von Sachverständigen	37
VII. Exkurs: Drei Reaktionsformen von Strafgerichten auf die moderne Aussagepsychologie	39
VIII. Zeugnisverweigerungsrechte für Zeugen	42
IX. Ausschluss der Öffentlichkeit	44
X. Entfernung des Angeklagten aus der Hauptverhandlung	45
XI. Vertretung von Kindern und Jugendlichen im Strafverfahren	47
XII. Beiordnungs- und Vergütungsfragen	51
Anhang: Materialien und Muster	54
I. Checkliste für den Nebenklageanwalt: Überblick über die Rechte des Verletztenbeistands und der Nebenklage	54
II. Mustertexte für den Nebenklagevertreter	57
1. Muster: Strafprozessvollmacht	57
2. Muster: Schreiben an Mandantin zur Vorbereitung einer Strafanzeige	57
3. Muster: Schreiben an Therapeuten	58
4. Muster: Erklärung über die Entbindung von der Schweigepflicht	58
5. Muster: Strafanzeige mit Beiordnung gem. § 397 a Abs. 1 StPO	59
6. Muster: Meldeschriftsatz mit Beiordnung gem. § 397 ab Abs. 2 StPO als Zeuginnen- und Verletztenbeistand/Nebenklage	60
7. Muster: Öffentlichkeitsausschluss	61
8. Muster: Antrag auf Entfernung des Angeklagten bei bestehendem Zeugnisverweigerungsrecht	61
9. Muster: Schriftsatz nach erstinstanzlichem LG-Urteil	62
10. Muster: Kostenfestsetzungsbeschluss des beigeordneten anwaltlichen Beistands gegenüber der Justizkasse	62
11. Muster: Kostenfestsetzungsantrag gegen den Verurteilten	63

Inhaltsverzeichnis

§ 2 Das Adhäsionsverfahren und „Blitzlichter“ aus dem Schmerzensgeldrecht	66
I. Allgemeines	67
1. Sinn und Zweck des Adhäsionsverfahrens	67
2. Die Entscheidung für das Adhäsionsverfahren	67
a) Nachteile des Adhäsionsverfahrens	67
b) Vorteile des Adhäsionsverfahrens	68
II. Zulässigkeit des Adhäsionsverfahrens	69
1. Antragsberechtigung	70
2. Antragsgegner	70
3. Antragsgegenstand	71
4. Antragstellung	72
5. Zeitpunkt der Antragstellung	74
6. Der Adhäsionsantrag im Zwischenverfahren	75
III. Die Rechte des Adhäsionsklägers	75
IV. Prozesskostenhilfe	76
V. Antragsrücknahme	77
VI. Verfahrensgrundsätze	77
VII. Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichts	78
1. Stattgebendes Urteil	78
2. Grund- und Teilurteil	78
3. Anerkenntnisurteil	79
4. Absehen von einer Entscheidung	79
a) Bei Unzulässigkeit oder Unbegründetheit	79
aa) Verfahrenseinstellung	79
bb) Strafbefehlsverfahren	79
cc) Sicherungsverfahren	80
dd) Erledigungserklärung	80
ee) Rechtsmittelinstanz	80
b) Fehlende Eignung zur Erledigung im Strafverfahren	80
c) Hinweispflichten des Gerichts	81
VIII. Der Vergleich im Adhäsionsverfahren	81
IX. Rechtsmittel	81
X. Gebühren und Kosten	82
1. Kostenentscheidung	82
2. Rechtsanwaltskosten	82
a) Gebührentatbestände	82
b) Anrechnung	82
c) Gegenüberstellung der Gebühren im Adhäsionsverfahren/ Zivilverfahren	83
XI. Exkurs: Rückgewinnungshilfe (§§ 111 b Abs. 5, 111 i StPO)	83
XII. Vollstreckbarkeit	86
XIII. Der Schmerzensgeldanspruch	87
1. Kapitalbetrag und Kapitalrente	88
2. Die Höhe des Schmerzensgeldes	88
a) Ausgleichs- und Genugtuungsfunktion	88
b) Schmerzensgeldtabelle zu Vergewaltigung und sexuellem Missbrauch	90
c) Das Mitverschulden	97
3. Der Übergang von Ansprüchen	98
4. Verjährung	100

XIV. Mustertexte im Adhäsions- und Vollstreckungsverfahren	101
1. Muster: Unbezifferter Schmerzensgeldantrag	101
2. Muster: Schadensersatz im Adhäsionsverfahren	103
3. Muster: Beweisantrag für das Adhäsionsverfahren	104
4. Muster: Zwangsvollstreckungsantrag auf Zusammenrechnung der Einkünfte gem. § 850 e ZPO	104
5. Muster: Antrag auf Herabsetzung des Pfändungsfreibetrages gem. § 850 f ZPO	105
§ 3 Opferentschädigung	106
I. Grundlagen für die Bearbeitung von Opferentschädigungsfällen	108
1. Juristisches „Handwerkszeug“	108
2. Medizinisches „Handwerkszeug“	109
3. Grundlagen des materiellen Sozialrechts	110
a) Das Sozialrechtsverhältnis	110
b) Der Sozialleistungsanspruch	111
c) Rechtshindernde, rechtsvernichtende, rechtshemmende „Gegen-“ rechte	112
d) Nebenpflichten und Obliegenheiten des Sozialleistungsträgers	112
e) Folgen von Pflichtverletzungen	112
f) Leistungspflichten des Bürgers im Sozialleistungsverhältnis	113
g) Grenzen der Mitwirkungspflicht	114
h) Pflichtenverstoß des Bürgers und seine Rechtsfolgen	115
4. Soziales Entschädigungsrecht	116
5. Sozialrechtliches Verfahrensrecht – einige Schlaglichter	118
a) Der Leistungsantrag	118
b) Minderjährige Antragsteller	120
c) Mehraktige Verwaltungsakte	120
d) § 44 SGB X – Zugunstenverfahren/Durchbrechung der Bestandskraft	120
e) Wesentliche Änderung der Verhältnisse – § 48 SGB X, § 62 BVG	121
f) Gesetz über das Verwaltungsverfahren in der Kriegsopferversorgung	121
aa) Regeln zur Feststellung des Sachverhaltes – § 15 KOV-VfG ..	121
bb) Leistungen vor Anerkennung/Vorbehaltsbescheid – § 22 Abs. 4 KOV-VfG/Vorschussleistungen	122
6. Sozialgerichtliches Verfahren – einige Schlaglichter	122
a) Rechtsweg	122
b) Antragsziel/Hinweise zur Antragstellung im sozialen Entschädigungsrecht	123
aa) Klage auf Feststellung des Zusammenhangs zwischen einer Gesundheitsstörung/ dem Tod und einer Schädigung iSd BVG	123
bb) Kombinierte Klagearten	124
cc) Die Anfechtungsklage/Verpflichtungsklage	126
c) Beweiserhebung/Gutachten des Vertrauens – § 109 SGG	127
II. Das Opferentschädigungsrecht	128
1. Die Gewalttat iSv § 1 Abs. 1 OEG	128
a) Tätlicher Angriff gegen seine oder eine andere Person	128

Inhaltsverzeichnis

aa)	Aussetzung/Fluchtfälle	129
bb)	Sexueller Missbrauch	129
cc)	Kindesentziehung mit List	130
dd)	HIV-Infektion	130
ee)	Bedrohung	130
ff)	„Dummejungenstreiche“, grobe Scherze und Streiche	131
gg)	Freiheitsberaubung	131
hh)	Unterlassen	132
ii)	Misshandlung und Vernachlässigung von Kindern	132
jj)	Mobbing	133
kk)	Stalking	133
ll)	Ärztlicher Eingriff – ärztlicher Kunstfehler	134
b)	gegen seine oder eine andere Person oder durch dessen rechtmäßige Abwehr	134
aa)	Das ungeborene/noch nicht gezeugte Kind	134
bb)	Die nicht mehr existente Person	135
cc)	Schockschaden	135
c)	Summations- oder Gesamtrauma	136
d)	Vorsatz	137
aa)	Der Vorsatz im OEG	137
bb)	Die Fahrlässigkeitstat	138
cc)	Der Erlaubnistatbestandsirrtum	139
e)	Rechtswidrigkeit	139
f)	Schuld	139
2.	Gleichstellungstatbestände (§ 1 Abs. 2 OEG)	140
a)	Die vorsätzliche Beibringung von Gift (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 OEG)	140
b)	Mit gemeingefährlichen Mitteln (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 OEG)	140
c)	Weitere Gleichstellungstatbestände	141
3.	Territorialprinzip/Ausländer	141
a)	Territorialprinzip	141
b)	Ausländer	141
4.	Gewalttaten im Ausland (§ 3 a OEG)	142
5.	Ausgeschlossener Personenkreis	143
6.	Härtefallregelung	144
7.	Schädigung/Gesundheitsstörung	144
a)	Voraussetzungen/Nachweise	144
b)	Schädigung	144
c)	Schädigungsfolge – Gesundheitsstörung	144
d)	Haftungsausfüllende/haftungsbegründende Kausalität	145
e)	Die Kann-Versorgung (§ 1 Abs. 3 S. 2 BVG)	147
f)	Eine hoch problembelastete Fallgruppe aus der Praxis: langjährig zurückliegender sexueller Missbrauch und seine Folgen	148
aa)	Die Sachverhaltsfeststellung	148
bb)	Feststellung der Gesundheitsstörung	151
cc)	Feststellung der Kausalität	154
8.	Versagungstatbestände	158
a)	§ 2 Abs. 1 OEG – Zwingende Versagung	158
b)	Ausharren in häuslicher Gewalt – ein Versagungstatbestand?	160
c)	§ 2 Abs. 2 OEG – Versagung im Ermessen	161
d)	§§ 60 ff SGB I – Mitwirkungspflichten	163
9.	Leistungsinhalte – der Umfang der Versorgung	163

a) Heil- und Krankenbehandlung	163
b) Psychotherapie: begrenzte Krankenkassenleistung oder umfassende Heil- und Rehabilitationsmaßnahme nach dem OEG?	167
c) Heilbehandlung (Psychotherapie) als Maßnahme der Kriegsopferfürsorge?	171
d) Beschädigtenrente	172
aa) Grad der Schädigungsfolgen	173
bb) Versorgungsmedizinverordnung und versorgungsmedizinische Grundsätze	174
cc) Vorscha den, Nachschaden, Folgeschaden	175
dd) Gesamt-Grad der Schädigungsfolgen	176
ee) Der Grad der Schädigungsfolgen am Beispiel des Funktionssystems Psyche	177
ff) Berücksichtigung eines besonderen beruflichen Betroffenseins (§ 30 Abs. 2 BVG)	178
gg) Der Berufsschadensausgleich	179
hh) Pflegezulage – Pflegeverträge	180
10. Ruhenstatbestand (§ 65 BVG)	182
11. Übergang von Ansprüchen (§ 5 OEG, § 81 a BVG)	182
12. Antrag und Leistungsbeginn	182
Anhang: Merkblatt des Bundesamtes für Justiz zur Entschädigung von Opfern extremistischer Übergriffe	184
§ 4 Die Begutachtung psychischer Störungen nach Gewalterfahrungen und „Traumatisierungen“	187
I. Einleitung	188
II. „Gewalt“, „Trauma“, „tätlicher Angriff“ und die „posttraumatische Belastungsstörung“	188
1. Rückblick	188
2. Der Traumabegriff und die Leitlinie zur „Posttraumatischen Belastungsstörung“ (ICD 10: F 43.1)	189
III. Die Vielfalt psychischer Folgestörungen nach Gewalterfahrungen	192
1. Einführung	192
2. Einzelne Krankheitsbilder	192
a) Die Anpassungsstörung gemäß ICD 10 F 43.2	192
b) Die somatoforme Schmerzstörung gemäß ICD 10 F 45.4	193
c) Affektive Störungen (ICD 10 F 32, 33, 34)	194
d) Substanzabhängigkeit (F 1)	194
e) Dissoziative Störungen (ICD 10 F 44)	195
f) F 44.81 Dissoziative Identitätsstörung	196
g) Die emotional-instabile Persönlichkeitsstörung vom Borderline-Typ (ICD 10 F 60.3)	196
h) Die andauernde Persönlichkeitsänderung nach Extrembelastung (ICD 10 F 62.0)	197
3. Fachliche Anforderungen an den Gutachter	198
IV. Die Begutachtung psychischer Schädigungsfolgen im OEG	199
1. Einführung	199
2. Das Opferentschädigungsgesetz, der Wille des Gesetzgebers und die Notwendigkeit der Nr. 71 AHP	200

Inhaltsverzeichnis

3. Konkrete Schritte der Exploration und der Beurteilung der Kausalität zwischen schädigendem Vorgang und psychischen Störungen im OEG	204
4. Praktisches Vorgehen bei der Begutachtung	205
5. Quantifizierung der Schädigungsfolgen	208
6. Empfehlungen und Ausblick	210
§ 5 Die Glaubhaftigkeitsbegutachtung im Verfahren – Möglichkeiten und Grenzen	213
I. Sachkunde zur Methodik als Voraussetzung für kritische Würdigung	213
II. Aussage als Leistung	215
III. Glaubhaftigkeitsbegutachtung als hypothesengeleiteter Prüf- und Entscheidungsprozess	217
1. Zwei Ausgangshypothesen	217
2. Opferzeugenaspekte	218
IV. Methodische Hauptzugänge	219
1. Aussagefähigkeit	220
2. Aussagequalität	220
a) Realkennzeichenanalyse	221
b) Konstanzanalyse	223
3. Aussagezuverlässigkeit	225
a) Motivanalyse	225
b) Suggestive Einflüsse	226
aa) Fremdsuggestionen	226
bb) Fremdsuggestive Prozesse bei Kindern	226
cc) Fremdsuggestionen bei Jugendlichen und Erwachsenen	227
c) Autosuggestionen	227
d) Analyse der Aussageentstehung und -entwicklung	228
4. Integration der Befunde	228
V. Die Beurteilung des Verdachts auf sexuellen Missbrauch im familiengerichtlichen Verfahren	229
VI. Fehler von Sachverständigen	230
§ 6 Kinderschutz/Opferhilfen im Anwaltsmandat – Familiengericht und Jugendhilfe –	235
I. Kinderschutznormen: Völkerrecht/Verfassungsrecht/einfachgesetzliche Normen	236
II. Familiengerichtliche Maßnahmen des Kinderschutzes am Beispiel des sexuellen Missbrauchs	239
1. §§ 1666, 1666 a BGB – Gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls	239
2. § 1671 BGB – Getrenntleben bei gemeinsamer elterlicher Sorge	241
3. § 1684 BGB – Umgang des Kindes mit den Eltern	242
4. Kinderschutz durch familiengerichtliches Verfahrensrecht	243
5. Der Vorwurf sexuellen Missbrauchs in Kindschaftsverfahren	246
III. Familiengerichtliche Maßnahmen nach Tötungsdelikten	252
IV. Eltern unter Betreuung und Interessenkollisionen	253
V. Ein ungewöhnlicher Weg – der elterliche Antrag auf Sorgerechtsentzug	254
VI. Kinderschutz/Opferhilfen im SGB VIII	255

1. Kinderschutz/Opferhilfen zwischen sozialrechtlichen Leistungen und vorläufigem Eingriff.....	255
2. Kinderschutz durch verfahrensleitende Regeln – § 8 a SGB VIII.....	256
3. Inobhutnahme durch das Jugendamt – § 42 SGB VIII, die Schnittstelle zum Eingreifen des Familiengerichtes.....	258
4. Das neue Kinderschutzgesetz.....	259
5. Kinderschutz/Opferhilfen durch sozialrechtliche Leistungen.....	261
a) Jugendhilfe als Dienstleistung.....	261
b) Welche Hilfen durch Leistungen bietet das Kinder- und Jugendhilferecht?.....	262
aa) Ziele der Jugendhilfemaßnahmen.....	262
bb) Angebote zur Förderung der Erziehung (§§ 16–21 SGB VIII) – begleiteter Umgang (§ 18 Abs. 3 SGB VIII).....	263
cc) Angebote zur Förderung der Erziehung (§§ 16–21 SGB VIII) – gemeinsame Wohnformen für Väter/Mütter und Kinder (§ 19 SGB VIII).....	264
dd) Angebote zur Förderung der Erziehung (§§ 16–21 SGB VIII) – Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen (§ 20 SGB VIII).....	265
ee) Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (§§ 22–26 a SGB VIII).....	265
ff) Hilfe zur Erziehung (§§ 27–35 SGB VIII).....	265
gg) Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35 a SGB VIII).....	266
hh) Hilfe für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII).....	267
ii) Ambulante Psychotherapie.....	268
c) Wie wird die Hilfe eingeleitet?.....	269
d) Die Bedeutung des Hilfeplanes in der Praxis.....	271
e) Durchsetzung oder Abwehr von Jugendhilfemaßnahmen.....	272
f) Selbstbeschaffte Leistungen und Kostenerstattung.....	273
g) Kostenbeiträge der Antragsteller, Sorgeberechtigten bzw Hilfeempfänger.....	273
§ 7 Familienrechtlicher Gewaltschutz.....	276
I. Statistik und Studien.....	276
II. Gewaltschutzgesetz.....	277
1. Einleitung.....	277
a) Entstehungsgeschichte.....	277
b) Gewaltschutz in anderen Ländern.....	278
2. IPR – Gewaltschutzgesetz für alle anwendbar.....	278
3. Persönlicher Anwendungsbereich.....	279
4. Konkurrenzen.....	279
III. Schutzanordnungen.....	280
1. Tathandlungen.....	280
2. Vorsätzliches Handeln.....	282
3. Wiederholungsgefahr.....	283
4. Rechtsfolgen.....	283
IV. Wohnungsüberlassung.....	284
1. Situation.....	284
2. Tatbestandsvoraussetzungen.....	285

Inhaltsverzeichnis

3. Ausschlussgründe	286
4. Rechtsfolge	286
5. Überlassungsdauer	287
6. Nutzungsvergütung	288
7. Verhältnis zu anderen Vorschriften	288
V. Verfahrensfragen	289
1. Allgemeines	289
2. Ladungsfähige Anschrift	290
3. Aktenführung bei Gericht und in Ämtern	290
4. Persönliches Erscheinen	290
5. Örtliche Zuständigkeit	291
6. Beteiligung des Jugendamtes	291
7. Vollstreckung	291
VI. Hinweis für die Praxis	292
§ 8 Trennung und Scheidung nach häuslicher Gewalt – Fragen aus dem SGB II	293
I. Einleitung	294
II. Allgemeiner Überblick über die Leistungen der sozialen Sicherung	294
1. Abgrenzung SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) und SGB XII (Sozialhilfe) und Unterhaltsfragen (Eltern – Kinder und umgekehrt)	294
a) SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende	294
b) SGB XII – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ...	295
2. Zusammenfassung	296
III. Voraussetzungen für Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB II	296
1. Leistungs- und Antragsberechtigung	296
a) Hilfsbedürftigkeit	296
b) Antragstellung und Auflösung der Bedarfsgemeinschaft	297
2. Leistungsansprüche und Mehrbedarfe nach dem SGB II	299
a) Regelbedarf, § 20 Abs. 1 SGB II	299
b) Mehrbedarfe, § 21 SGB II	300
aa) Überblick	301
bb) Mehrbedarf für Alleinerziehende	301
cc) Mehrbedarf für Schwangere	302
dd) Mehrbedarf für „Härtefälle“	302
c) Ergänzende Hinweise	303
d) Kosten der Unterkunft und Heizung	304
aa) Grundsatz: Übernahme der „angemessenen“ Kosten der Unterkunft und Heizung	304
bb) Übernahme Wohnungsbeschaffungskosten, Kautions-, Renovierung und doppelte Mieten	305
cc) Zusammenfassung	306
e) Sonderbedarf für die Erstausrüstung der Wohnung, für Bekleidung und bei Schwangerschaft und Geburt, sowie sonstiger unabweisbarer Bedarf	306
aa) Erstausrüstung der Wohnung, § 24 Abs. 3 Nr. 1 SGB II	306
bb) Erstausrüstung für Bekleidung, § 24 Abs. 3 Nr. 2 SGB II	308
cc) Erstausrüstung bei Schwangerschaft und Geburt sowie sonstiger unabweisbarer Bedarf, § 24 Abs. 3 Nr. 2 SGB II	309

f) Anspruch auf Teilhabe und Bildung, § 28 SGB II	309
aa) Anspruchsberechtigte	310
bb) Antragsprinzip	310
cc) Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets	310
3. Fragen der Einkommens- und Vermögensanrechnung und Unterhaltsansprüche	311
a) Vermögensanrechnung	311
b) Einkommensanrechnung	312
c) Praxisproblem: Beantragung vorrangiger Leistungen, Unterhaltsansprüche und Zuflussprinzip	313
IV. Abschließende Hinweise	314
§ 9 Das Opfer in den Medien	315
I. Überblick	315
II. Mediengrundrechte und Persönlichkeitsrecht	316
1. Grundrechtsschutz der Medien	316
2. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	316
3. Die gesetzliche Grundlage	316
III. Gerichtsberichterstattung/Grundsätze der Berichterstattung	317
IV. Berichterstattung über Opfer	317
1. Wortberichterstattung	318
2. Bildberichterstattung	318
3. Recht am eigenen Bild (§§ 22 ff Kunsturhebergesetz – KUG)	318
4. Einwilligung	319
5. Ausnahmen gem. § 23 Abs. 1 KUG	320
6. Postmortales Persönlichkeitsrecht	320
7. Veröffentlichung im Internet	320
V. Rechtsfolgen bei Rechtsverletzungen	321
1. Presserechtliche Ansprüche	321
a) Folgende Ansprüche kommen in Betracht:	321
b) Durchsetzung der presserechtlichen Ansprüche	321
aa) Gegendarstellungsanspruch	321
bb) Unterlassungsanspruch	322
cc) Berichtigungs- und Widerrufsanspruch	324
dd) Anspruch auf Schadensersatz	324
ee) Immaterielle Geldentschädigung (Schmerzensgeld)	324
ff) Sonstige Ansprüche	325
2. Zum strafrechtlichen Schutz	325
a) § 201 a StGB	325
b) § 33 KUG	325
VI. Der Umgang mit der Presse	326
1. Anfragen der Presse an den Anwalt	326
2. Möglichkeiten des Anwalts, die Presse zu nutzen	326
3. Daran muss der Anwalt im Umgang mit der Presse denken	326
Stichwortverzeichnis	327